

Geyer, Johannes

**Article**

## Die Zuschussrente: Diagnose richtig, Therapie verbesserungswürdig

DIW Wochenbericht

**Provided in Cooperation with:**

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

*Suggested Citation:* Geyer, Johannes (2012) : Die Zuschussrente: Diagnose richtig, Therapie verbesserungswürdig, DIW Wochenbericht, ISSN 0012-1304, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 79, Iss. 39, pp. 16-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/67568>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



Dr. Johannes Geyer ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Staat am DIW Berlin.

Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

## Die Zuschussrente: Diagnose richtig, Therapie verbesserungswürdig

Das Problem des in Zukunft steigenden Altersarmutsrisikos, das Bundesarbeitsministerium wie Opposition zu neuen Rentenreformvorschlägen motiviert hat, ist nicht nur lange bekannt, sondern zu großen Teilen Resultat der vergangenen Renten- und Arbeitsmarktrefor-men. Neben der hohen Sockelarbeitslosigkeit der letzten Jahrzehnte führen die Niveau-Senkungen in der gesetzlichen Rentenversicherung und das Wachstum des Niedriglohnsektors zu einem steigenden Risiko künftiger Altersarmut. Diese Erwartung basiert auf Befunden für die Erwerbsbiografien jüngerer Geburtsjahrgänge. Diese sind öfter unterbrochen als es bei Älteren der Fall ist und weisen mehr versicherungsfreie Beschäftigungszeiten auf. Für Geringqualifizierte sind die Risiken aufgrund ihres weit unterdurchschnittlichen Lohnniveaus und des hohen Arbeitslosigkeitsrisikos wegen der damit einhergehenden unterdurchschnittlichen Rentenansprüche erheblich höher. Das DIW Berlin hat dies in einer größeren Studie bereits 2010 festgestellt und jüngst anhand der Jahrgänge der Babyboomer noch einmal bestätigt. Danach tragen insbesondere Ostdeutsche, die zwischen 1955 und 1970 geboren wurden, ein deutlich höheres Altersarmutsrisiko als frühere Alterskohorten.

Laut dem Referentenentwurf für die Zuschussrente ist die Alterssicherung in Deutschland „zukunftsfest“ und „stabil“, aber die Debatte um zukünftige Altersarmut zeigt, dass fiskalische Nachhaltigkeit bei den Sozialsystemen nicht getrennt von der sozialen Nachhaltigkeit betrachtet werden kann. Anders formuliert: Die umlagefinanzierte Rente wird nicht nur an der Höhe des Beitragssatzes gemessen, sondern auch an ihrer Fähigkeit das Einkommen im Alter zu sichern.

Allerdings ist Altersarmut kein Problem, das sich vor allem in der Zukunft zeigen wird. Bereits heute gibt es Gruppen wie die Erwerbsminderungsrentner (immerhin knapp 20 Prozent aller Rentenzugänge eines Jahres) bei denen das Armutsrisiko steigt und deutlich über dem der Bevölkerung liegt. Für diese Gruppe sieht der aktuelle Reformvorschlag der

Regierung aber nur marginale Verbesserungen vor. Akuter Handlungsbedarf wird stattdessen seitens der Regierung nur bei einer ganz speziellen Gruppe ausgemacht: Niedrigverdiener mit langen Versicherungsbiografien, die privat vorgesorgt haben und deren Partner nicht zu viel verdient. Hier, so die Ministerin, gebe es eine Gerechtigkeitslücke.

Wieso eine bedürftigkeitsgeprüfte Fürsorgeleistung gerade für diese kleine Gruppe als Schlüssel zur Wiederherstellung der Gerechtigkeit gelten soll, erschließt sich jedoch nicht. Gerade durch die Zuschussrente, da sie als Teil der gesetzlichen Rentenversicherung eingeführt werden soll, wird das Äquivalenzprinzip von Beiträgen und Leistung gebrochen, da sie ungleiche Erwerbsverläufe gleich behandelt. Deswegen hilft diese Gerechtigkeitsdebatte auch nicht weiter.

Interessant ist, dass der Referentenentwurf eine Freibetragsregelung bei der Grundsicherung als Alternative zur Zuschussrente mit dem Argument ablehnt, dass dadurch die Zahl der Grundsicherungsbezieher steigen würde. Aber die Grundsicherung wäre dann ja auch höher. Eine Reform in diese Richtung wäre wahrscheinlich weit weniger kompliziert und mit weniger verwaltungstechnischem Aufwand verbunden. Man sollte dabei auch nicht vergessen, dass die Grundsicherung kein Schutz vor Altersarmut ist. In der Regel liegt der Grundsicherungsbedarf unterhalb der üblichen Werte der Armutsrisikoschwelle.

Langfristig kann Altersarmut am besten während der Erwerbsphase vorgebeugt werden. Deswegen ist es auch eine Verbesserung, wenn im Zuge des Rentenpakets Selbständige zum Nachweis hinreichender Altersvorsorge verpflichtet werden sollen und auch Mini-Jobber rentenversichert sind, es sei denn sie lehnen dies ausdrücklich ab. Aber was wird aus den Jahrgängen, die kaum mehr Zeit oder Möglichkeiten haben, die Lücken aus der Vergangenheit auszugleichen? Altersarmut ist vielschichtiger als es dieser Gesetzesvorschlag vermuten lässt.



DIW Berlin – Deutsches Institut  
für Wirtschaftsforschung e.V.  
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin  
T +49 30 897 89 -0  
F +49 30 897 89 -200  
[www.diw.de](http://www.diw.de)  
79. Jahrgang

#### Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake  
Prof. Dr. Tilman Brück  
Prof. Dr. Christian Dreger  
Dr. Ferdinand Fichtner  
Prof. Dr. Martin Gornig  
Prof. Dr. Peter Haan  
Prof. Dr. Claudia Kemfert  
Karsten Neuhoff, Ph.D.  
Prof. Dr. Jürgen Schupp  
Prof. Dr. C. Katharina Spieß  
Prof. Dr. Gert G. Wagner  
Prof. Georg Weizsäcker, Ph.D.

#### Chefredaktion

Dr. Kurt Geppert  
Nicole Walter

#### Redaktion

Renate Bogdanovic  
Dr. Richard Ochmann  
Dr. Wolf-Peter Schill

#### Lektorat

Ronny Freier, Ph.D.

#### Textdokumentation

Lana Stille

#### Pressestelle

Renate Bogdanovic  
Tel. +49-30-89789-249  
Nicole Walter  
Tel. +49-30-89789-250  
[presse@diw.de](mailto:presse@diw.de)

#### Vertrieb

DIW Berlin Leserservice  
Postfach 7477649  
Offenburg  
[leserservice@diw.de](mailto:leserservice@diw.de)  
Tel. 01805 - 19 88 88, 14 Cent./min.  
ISSN 0012-1304

#### Gestaltung

Edenspiekermann

#### Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

#### Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –  
auch auszugsweise – nur mit Quellen-  
angabe und unter Zusendung eines  
Belegexemplars an die Serviceabteilung  
Kommunikation des DIW Berlin  
([kundenservice@diw.de](mailto:kundenservice@diw.de)) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.